

Krabbelgruppen fordern Rechtssicherheit

Die privaten Einrichtungen drängen auf die rasche Vorlage des Gesetzes, das die Kinderbetreuung neu regeln soll.

BARBARA HAIMERL

SALZBURG. Über mangelnde Planungs- und Rechtssicherheit klagen Salzburgs private Kinderbetreuungseinrichtungen. „Wir hängen finanziell in der Luft“, sagt Erika Karlsböck von der Interessengemeinschaft Kinderbetreuung, zu der sich 78 gemeinnützige private Einrichtungen im ganzen Bundesland zusammengeschlossen haben.

So seien die Gehaltsverbesserungen für die Pädagoginnen und Pädagogen in privaten Einrichtungen nicht abgesichert, kritisiert Karlsböck, die mit dem Verein pro domo vier Einrichtungen in der Stadt Salzburg betreibt.

Zur Erinnerung: Seit 1. Jänner

**Erika Karlsböck
mit Kindern in der
Krabbelgruppe
Simsalabim II in
Salzburg.**

BILD: SN/ROBERT RATZER

bekommt das Personal in den öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen mehr bezahlt. Das Einstiegsgehalt ist um 300 Euro brutto gestiegen. Nach heftigen Protesten der privaten Einrichtungen hatte Landesrätin Martina Berthold (Grüne) den Pädagoginnen und Pädagogen für das heurige Jahr eine Gehaltserhöhung von rund 91 Euro brutto pro Monat gewährt und dafür eine Ausgleichszahlung von insge-

samt 540.000 Euro zugesichert.

Das Geld für diese Sonderförderung sei jedoch nicht zu Jahresbeginn geflossen, sondern erst im Mai, kritisiert Karlsböck. Viele private Einrichtungen hätten die Gehaltserhöhung vorfinanzieren müssen. Andere hätten das Geld mangels Liquidität erst jetzt im Nachhinein bezahlen können.

Niemand wisse, ob es auch in den kommenden Jahren eine Ausgleichszahlung geben werde. „Wir sind dem guten Willen der Landesregierung ausgeliefert.“ Die Interessengemeinschaft der privaten Einrichtungen drängt auf die rasche Ausarbeitung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes, das die Gehaltsverbesserungen bereits in den Förderrichtlinien berücksichtigt.

Sie könne die Aufregung nicht nachvollziehen, sagt Berthold. „Selbstverständlich bekommen die privaten Einrichtungen diese Ausgleichszahlung, bis das neue Gesetz in Kraft tritt.“ In dem Regierungsbeschluss habe man zugesagt, das Geld ab 2016 bereitzustellen. Nächstes Jahr könne das Geld wahrscheinlich früher überwiesen werden. „Dieses Geld kann nur auf Antrag ausbezahlt werden, es waren mehrere Rück-

fragen an einige Einrichtungen bezüglich der Daten nötig.“ Berthold strebt an, dass das neue Kinderbetreuungsgesetz 2017 in Kraft tritt. „Der 1. Jänner wird sich aber nicht ausgeben.“ Im Herbst soll der Entwurf vorliegen. Größte Herausforderung seien die Verhandlungen über die Fördersystematik. Ziel sei, die Systeme zu vereinfachen und zu harmonisieren. Derzeit verhandle man mit

Für sämtliche im Jahr 2015 getätigten Investitionen habe das Land noch keinen Cent Förderung ausbezahlt, kritisiert Karlsböck. Auch hier müsse vorfinanziert werden. Viele geplante Investitionen der privaten Kinderbetreuungseinrichtungen zum Ausbau oder der Qualitätsverbesserung hätten zurückgestellt werden müssen. Dazu komme, dass der Bund heuer und nächstes Jahr nur noch die Hälfte der Mittel in den Fördertopf einzahle.

Das Land könne die Mittel nicht früher ausbezahlen, sagt Berthold. Die Abrechnung mit dem Bund sei sehr komplex. „Es geht nicht anders, in diesem Fall müssen die Einrichtungen vorfinanzieren.“

Im Kinderbetreuungsbudget des Landes blieben 2015 mehr als fünf Millionen Euro übrig (siehe Kasten). Das Land hätte also genügend Geld gehabt, um dem Personal in den privaten Einrichtungen eine adäquate Gehaltserhöhung zu bezahlen, schreibt die IG Kinderbetreuung in einem offenen Brief an Berthold. Die 91 Euro entsprächen im Schnitt der Gehaltserhöhung in den öffentlichen Einrichtungen, entgegnet die Landesrätin.



BILD: SWIRE ROBERT RATZER

„Diese Verunsicherung kann ich nicht nachvollziehen.“

Martina Berthold, Landesrätin

Gemeindeverband und Städtebund. Stehe die Grundsystematik, werde man auch Vertreter der Einrichtungen beiziehen.

Die Interessengemeinschaft der Privaten bemängelt auch Probleme bei der Auszahlung der Fördermittel zur Sicherung der Qualität und des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen. Dafür stellt der Bund dem Land auf Grundlage einer 15a-Vereinbarung Geld zur Verfügung, das Land stockt die Mittel auf.

Daten & Fakten

Mehr als fünf Millionen Euro blieben 2015 liegen

Für den Ausbau der Kinderbetreuung und zur Verbesserung der Betreuungsqualität – etwa durch längere Öffnungszeiten – stellt der Bund den Ländern auf Basis einer 15a-Vereinbarung Geld zur Verfügung. Das Land muss kofinanzieren. Für 2015 überwies der Bund sechs Mill. Euro, das Land zahlte 45 Prozent dazu. Heuer und 2017 steuert der Bund nur noch drei Mill. Euro bei, das Land muss heuer 40 Prozent und nächstes Jahr 35 Prozent dazuzahlen. Die Vereinbarung endet 2018.

Das Land hat vergangene Woche den Rechnungsabschluss für das Jahr 2015 vorgelegt. Laut dem Haushaltsansatz für die Kinderbetreuung wurden demnach 2015 mehr als fünf Mill. Euro nicht ausgeschöpft. Im Topf mit den 15a-Mitteln für den Ausbau der Kinderbetreuung blieben 366.000 Euro. Nicht alle Projekte hätten förderbaren Anträgen entsprochen, sagt Landesrätin Martina Berthold (Grüne). Das Land könne das Geld ins heurige Jahr mitnehmen. 2015 seien an das Land 146 Ausbauanträge gestellt worden.

2,1 Mill. Euro blieben im Topf mit 15a-Mitteln für die sprachliche Frühförderung. Das Land muss kofinanzieren und hat dafür 1,1 Mill. Euro budgetiert. Berthold: Man habe zur Kofinanzierung dann aber auch Gemeindegeld heranziehen können. 1,2 Mill. Euro zu viel wurden für die Gehaltserhöhung budgetiert. Man sei von einer früheren Einigung ausgegangen, sagt Berthold. 1,9 Mill. Euro für die Schaffung neuer Plätze (inkl. Horte und Tagesbetreuung in Schulen) blieben liegen, weil 1500 bewilligte Plätze 2014/15 frei blieben.

Neues Paracelsusbad: Bürger fordert sozial gestaffelte Preise

SALZBURG-STADT. In drei Jahren soll das neue Paracelsusbad fertig sein. Die Eintrittspreise bewegen sich laut Kalkulation bei fünf Euro (Zweistunden-Ticket) bis hin zu neun Euro für das Tagesticket. Für die Sauna sind 19 bzw. 21 Euro zu berappen. Bürgerlisten-Gemeinderätin Ulrike Saghi fordert sozial gestaffelte Tarife. „Viele, vor allem ältere Menschen, sind darauf ange-

Immobilienchef wird städtischer Baudirek

SALZBURG-STADT. Die Stadt hat einen neuen Baudirektor gesucht und die Stelle mit April ausgeschrieben. Die Überraschung blieb aus. Alexander Schrank, aktuell Geschäftsführer der Stadt Salzburg Immobilien GmbH (SIG), ging als Erstgereihter aus dem Hearing hervor. Die Personalkommission soll die Bestellung am Donnerstag absegnen, ehe sie am Montag in den Stadtsenat kommt. Schrank setzte sich laut Amtsbericht zehn Punkte vor seinem Konkurrenten durch.

Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ): „Schränk ist ein ausgezeichnete Mann. Er ist nicht nur mein Wunsch, sondern von vielen im Haus.“ Für die SIG werde man eine Regelung finden. Wie diese aussehe, sei noch offen.

Schrank wird Walter Hebsacker beerben. Der bisherige Baudirektor sollte eigentlich im Sommer in Pension gehen. Er hat nach jüngsten Informationen seinen Pensionsantrag zurückgezogen. Es soll um einen Streit über Auszahlung von Resturlaub und Überstunden gehen. Hebsacker wollte sich dazu nicht äußern.

Barbara Unterkofler (Neos) kritisiert, dass sie als zuständige Baustadträtin nie in die Personalsuche eingebunden gewesen sei. „Mit allen anderen

wiesen, ihren Bewusstsein durch die Wärme in der Funktionieren zu behindern. Selten sind dabei die chere Menschen bei diesen Mensch ist die geplante Preisrücksichtslos“, betonte der besserungsbedarf bei den Öffnungszeiten erst ab 10 Uhr aufzuheben, später, dadurch entfallen die Bot für Fröhschwin

wurde geredet, m
Der Bürgermeister
Dienstag lediglich
mitgeteilt, dass de
unterwegs sei. Nic
Reihung der Kandi
verraten. „Das spie
gang wider“, sagt U
betont, keine Vorl
Alexander Schrank
stößt sich aber am
Ausschreibungsver
wisse, „dass sich
Hoch-, Tief- und
erfahrung gemelde
von denen ist es l
den.“ Eine Verein
schen den Parteien
Qualifikation. „Da
sich die Stadt selbst
Schaden erwid
mit der Stadträtin i
takt. Sie wollte in
kommission aufgen
den. Ich habe sie
wiesen, dass es kei
dass dort Politiker
Kommission seien
ratsdirektor, ein B
ner anderen Stadt
sonalvertretung ge
be alle Parteien gle
gleich informiert.